

feld (Soa.) für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der er noch einmal die sozialdemokratischen Vorkämpfer gegen die Vorlage zusammenfasst und am Schlusse erklärt, dass die Fraktion trotz dieser Bedenken dem Antragsentwurf zustimmen würde.

Genosse Stöcker gab dann für die kommunistische Fraktion eine Erklärung ab. (An anderer Stelle veröffentlicht. Die Revue.)

Darauf wird die Antragsvorlage einstimmig angenommen.

Die betr. Zentralabgeordnete stimmten nicht mit. Diese Herren gehen damit, dass sie selbst noch gegen diese große Amnestie sind. Überhaupt war es das Zentrum, das der Amnestie den Hauptwiderstand entgegensetzte.

Die Tagesordnung erledigt war, schloß Präsident Lohde die Sitzung und rief sofort eine neue zur Erledigung der noch ausstehenden Vorträge und Vorlagen ein. In der neuen Sitzung wurde zuerst das deutsch-französische Saar-Verständnis behandelt. Vor der Abstimmung gab Genosse Rosenfeld eine Erklärung der kommunistischen Fraktion ab, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Kommunisten diesem Abkommen nur zustimmen, weil es dem schwer bedrängten Saarproletariat eine gewisse Erleichterung verschafft und nur ein vorübergehendes Abkommen auf höchstens vier Monate ist. Nachdem dieses Abkommen angenommen wurde, wurden die Verträge mit Oesterreich und Schweden beschloffen.

Ein Antrag, der die vierjährige Gehaltsvoranschlagung an die Beamten regeln will, konnte in dritter Lesung nicht angenommen werden, da die wirtschaftliche Vereinigung Widerspruch erhob.

Es folgt dann die nochmalige Beschlußfassung über einen Antrag, der die Rechte der Sozialrentner an die der Kleinrentner ausgleichen will, denen anlässlich des Aufwertungsgesetzes ein Betrag von 270 Mark pro Jahr anzurechnen werden soll, der nicht auf die Unterstützung aus der Fürsorge angerechnet wird. Das war vom Reichstag bereits vor einiger Zeit beschlossen worden. Die Regierung hatte Widerspruch erhoben und dem Rat der Reichsrat Folge gegeben. Jetzt sollte dieser Beschluß des Reichstages erneut bestätigt werden. Da trat die Sozialdemokratie die diesen Beschluß leinergelt nur unter dem Druck der Inflationssperre gefaßt hatte, auf, und versuchte eine erneute Beschlußfassung hinauszuschieben. In namentlicher Abstimmung wird der Einspruch des Reichsrats dann mit Mehrheit zurückgewiesen. — Präsident Lohde schloß gegen 15 Uhr die Sitzung. Der Wiederzusammentritt des Reichstages wird wahrscheinlich Mitte November stattfinden.

Der Wortlaut des Amnestiegesetzes

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 13. August.

An der Vorlage des Amnestiegesetzes (von uns gestern auf Seite 3 des Hauptblattes veröffentlicht. Die Rev.) ist vor der Annahme folgende Änderung vorgenommen worden. Der § 1, Absatz 2 muß folgendermaßen lauten:

„In von Gerichten des Reichs wegen mehrerer im § 1 genannten Verbrechen erkannte Strafen, ohne daß die Voraussetzungen für die Bildung einer Gesamtstrafe vorliegen, so wird der Strafmaßstab nur bis zum Gesamtbetrag von 2 Jahren gewährt. Er tritt beim Zusammenstoßen von Haft, Festungshaft und Gefängnis oder zweier dieser Strafen zunächst bei der Gefängnisstrafe, dann bei der Festungshaft, im übrigen bei der frühest erkannten Strafe ein. Eine Umrechnung (§ 21 des Strafgesetzbuches) findet nicht statt.“

Der bulgarische faschistische Wojwode Assaf Daslaw, der vor 4 Jahren in die Loge des Nationaltheaters, in der Stambulski und andere Minister saßen, eine Bombe geworfen hat, wurde auf dem Bahnhof von Satanzov von einem Unbekannten erschossen.

Die Wüste

Valentin Tomarin

Verlag Carl Hoym Nachfolger Louis Caspary

„Lach Sturzen“, begann er wieder mit heller Stimme, „fällt die Aufgabe zu, loszumarschieren und auch im jeden Preis noch Krasnowodsk durchzuschlagen!... Mit euch mache auch ich mich auf den Weg. Gehten wir, solange das Herz zu schlagen vermag, und ich bin sicher, daß die meisten aus unserer Gruppe Krasnowodsk erreichen. Von dort schiden wir sofort Kamelen nach den übrigen Kameraden aus... Ihr Schwachen dagegen, wagt nicht, euch von der Stelle zu bewegen! Ich sehe es, schon riecht sich der Tod an euch herum und wartet nur, bis jemand von euch krankheit... Erwartet uns hier an dieser Stelle. Bewahrt die letzten Kräfte zum Kampf mit Hunger und Durst, klopft eure Kräfte bis ihr Hilfe erhaltet.“

Bewegung ging durch die Menge. Die Hallen und Kanulen in den dunklen Gesichtern gewannen Ausdruck. Die Leute glaubten sich schon geborgen, fühlten, daß dies die letzte Hoffnung sei und blühten mit Stolz auf Rudin.

„Ihr aber“, wandte er sich an die letzteren, „Ihr goldene Räte“, seid „goldener Weg“. Wir verteidigen euch als lebende Wegweiser über den ganzen Weg, damit alle Zurückgebliebenen aufgefunden werden können. Ihr werdet uns folgen, und wenn ihr ermattet, mocht gruppenweise halt, so daß wir eine lebende Kette bilden. An dieser Kette entlang wird allen Hilfe gebracht werden, denn — schafften wir Hilfe herbei, so werden alle gerettet, wenn nicht, so sterben wir alle! Fremde, dies ist der letzte Rettungsweg. Wieviel Kameraden sind schon liegen geblieben, haben wir aber an ihre Rettung gedacht?“

„Wir sind ja selbst noch nicht gerettet!“ erwiderte es als Rechtfertigung aus der Menge.

„Ich weiß es. Also, die Kranken bleiben alle hier, die übrigen vorwärts!“

„Seht wohl, Kameraden! Seid guter Hoffnung, wir werden alle befreien! Schont eure Kräfte! Entsetzt euch nicht weit von dieser Stelle, ihr verirrt euch sonst. Wasser fließt zwischen den Steinen. Zum letzten Gang!“ kommandierte Rudin und sah aus wie ein ruhiger Feldherr.

Jetzt hangte man sich schon nicht mehr an das Schicksal der Zurückbleibenden, man war nur bemüht, sie gleichmäßig auf den Weg zu verteilen. Die Spitzkolonne griff kräftig aus, und gegen Abend zog sich die nach dem Plan Rudins gebildete Kette schon auf mehr als 20 Werst in die Länge. Doch in dieser Kette lag besorgte und streng überwachte Organisation.

Das Gehen wurde schwer. Mit jeder Stunde fielen drei bis fünf Mann aus, ließen sich auf dem Steinweg durch die Steine niederstürzen und lächelten trankhaft wie genesende Kinder den Weiterziehenden nach. Und diese wankten aufmunternd mit den Händen, um bald darauf den nächsten Wegweiser zurückzulassen. Nach dem ersten Tagesmarsch war aus der „goldenen Kette“

Hindenburg hat gestern Nachmittag in München den Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern besucht. Der Staatsminister Dr. Meißner hat im Auftrag Hindenburgs den kaiserlichen Kardinal Erzbischof Dr. v. Faulhaber, dem Präsidenten der evangelischen Landeskirche Dr. Bell und dem Marschall Limann von Sanders Besuche abgestattet.

In der sächsischen Textilindustrie sind die Verhandlungen zur Teilung des Kohlentarifs ergebnislos verlaufen. Es ist mit der Stilllegung der gesamten sächsischen Textilindustrie, in der rund 200 000 Arbeiter beschäftigt sind, zu rechnen.

Am Sonntag, den 16. August soll in den von der Besatzung befreiten Städten des Rhein- und Ruhrgebiets „Befreiungsfeste“ veranstaltet werden.

Auf Grund des statistischen Materials enden gegenwärtig in Preußen 9000 Menschen im Reich 13 000 jährlich durch Selbstmord.

Die französische und die spanische Regierung haben die Forderung Abbelexims, vor Eintritt in Friedensverhandlungen die Unabhängigkeit des Rifgebiets anzuerkennen, abgelehnt.

Die Presse zur Verfassungsfeier

Zur gestrigen Verfassungsfeier der Republik mit Hindenburg spielt der „Vorwärts“ eine gedämpfte Melodie: am 11. sei Verfassungsfeier zusammen mit den Kapitalisten und mit den Zollparteiern, am 10. habe die Mehrheit des Reichstages den Geist der Demokratie vergewaltigt und bis am 11. gefeiert die Verfassung am 10. gebrochen, am 12. aber werde diese Mehrheit ihr Gewaltverbrechen zu Ende führen: „Ein schriller Mißklang liegt über dieser Verfassungsfeier. Für die Massen der ehrlichen Republikaner ist die demokratische Verfassung Herzensache... Wer die Rechte der Minderheit des Parlaments so brutal mit Füßen getreten hat, der kann nicht heute den Tag der Verfassung als inneres Erlebnis begehnen.“ Und zum Schluß: „Das deutsche Volk aber, die Massen der Arbeiter und Verbrauchler, gegen die der Geist des Autokratismus sich wendet, feiert heute erst recht den Tag der demokratischen Verfassung von Weimar.“

Die „Bosnische Zeitung“ drückt die Rede des professoralen Festredners ausführlich ab und schreibt im Uebrigen: „Die Opposition demonstriert gegen den Gewaltakt (im Reichstag d. Rev.), aber demonstriert auf verschiedene Weise. Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal, die Demokraten bleiben zum größeren Teil im Saal. Durch diese Zersplitterung der Zollgegner wird den Mehrheitsparteien das Geschäft aufs äußerste erleichtert... Nach dem aber, was in den letzten Tagen vorgefallen ist, kann es unmöglich Aufgabe der Oppositionsparteien sein, für die Ferienreisenden der Regierungskoalition den Erlaß zu stellen.“ Diese ehrenwerten Demokraten werden gleich am Mittwoch wieder dies „Unmöglich“ möglich machen.

Das Organ des christlich-gemeinschaftlichen Reaktionärs Stegerwald, „Der Deutsche“, schreibt: „So finden wir in diesem Jahre die überwiegende Mehrheit des Volkes in einer Front. Das ist der unbestrittene Erfolg der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Nun verliert der Verfassungstag den Stempel des Parteiischen und Einseitigen, weil er nicht mehr der Ausdruck einer revolutionären Anschauung ist.“

Zum Beschluß hört man auch die monarchistischen Junter aus Ostelbien ihren Triumph brüllen. Die „Deutsche

schon ein bedeutender Teil ausgeschieden. Die übrigen schlossen sich fester zusammen und legten den Weg fort. Nach jedem zurückgelassenen Wegweiser murrte Rudin etwas Unverständliches vor sich hin und schüttelte den Kopf. Scheinbar beunruhigten ihn die Folgen seines Planes, und er schien zu befürchten, daß die Leute nicht ausreichen würden, um die Kette bis zum „Rettungsort“ durchzuführen.

Am dritten Tage nach dem Verlassen der Nacht war aus der Vordergruppe schon ein bedeutender Teil ausgeschieden, dafür ließ sich jedoch mit Freude feststellen, daß aus der „Mitte“ Verstärkung anrückte. Die Kette dehnte sich nun schon einige 100 Werst aus.

Viele Monate später erzählte man mir, daß die Nachricht über diesen Wüstenzug sich wie ein unheimliches Lauffeuer den zerstreut liegenden Nomadenstüben mitgeteilt hatte. Die Hirten konnten durchaus nicht begreifen, was das für Leute seien, was für ein Zug das sei, und hielten aus für von Allah Versuchte, mit denen es gefährlich sei, zusammenzutreffen, da wir Verderben über Menschen und Vieh brächten. Darum packten sie, kann, daß sie innerer anständig wurden, ihre Zelte zusammen und zogen sich in das Innere der Wüste zurück.

Am vierten Tage schmolz die Spitzengruppe ganz zusammen. Dafür tauchten am Horizont Berge auf, die, wild zerklüftet, in dunkler Linie

Noch eine letzte Anstrengung, noch zwei, drei Marsche — und wir sind am Ziel.

Also aber endgültig die Kräfte verlieren, wo jede Zelle des Körpers ihre letzte Energie hergibt und abstrahlt, da werden solche gewaltigen Schlämmarsche zum Verhängnis. Die Zähnen klaffen nieder, die Stäbchen zusammen mit ihren Leiden den Weg und die Lasterer verzeihen.

Nur Rajin mit seiner kleinen Gruppe ergab sich nicht. Als er bemerkte, daß Rudin schwante und im Begriff war zusammenzubrechen, sagte er lebendighaftig:

„Brüder, ich gehe allein weiter, ruht ihr euch aus.“

Doch Rudin ließ diesen gefährlichen und verlockenden Gedanken in den wirren, unnebelten Köpfen nicht Platz greifen.

„Hört ihn nicht... verlaßt euch nicht auf seine Kräfte“, unterbrach er Rajin.

Doch Rudin selbst konnte sich nicht mehr auf den Füßen halten, er ließ sich auf ein Knie nieder, dann auf das andere, schloß die Augen und schloß auf der Stelle ein.

Der Rat Rajins wurde gemeinsam abgelehnt, und wenn auch neben Rudin schon viele andere vor Erschöpfung niedergeknirscht waren, so ließ man Rajin doch nicht allein vorausgehen.

Jetzt gingen die Leute nicht mehr, sie krochen fast; der Körper kramte sich wie bei Budligen, die Beine zitterten und schliefen sich, langsam wie Holzbeine nachschleifend, über den felsigen Grund. Aus der Vordergruppe war ein Glied geworden, aus dem Glied eine Kette und diese wieder war zu einem Säulen von sieben Mann zusammengeschmolzen.

„Lageszeitung“, Leibblatt der Großgrundbesitzer, schreibt: „Die Diktatur gegen den Zolltarif sei erledigt durch den Willen der Mehrheit“, nicht ohne Durchhebung der großen Wirtschaftsgesetze in die Ferien zu gehen.“ Das ist in erster Linie dadurch geschehen, daß die Kommunisten gestern endlich mit der gebotenen Entschiedenheit angefaßt wurden.“

Das Sicherheitsdiktat kommt!

Die Deprehung Briand — Chamberlain bearbeitet (Eigener Drahtbericht.)

London, 13. August.

Die Konferenz zwischen Briand und Chamberlain ist beendet. Der amtliche Bericht enthält einige Phrasen über das „Eingehen“ der beiden Mächte und spricht sich zum Schluß für mündliche Verhandlungen mit Deutschland aus. In wenigen Tagen werde Deutschland die Antwort auf seine letzte Note erhalten.

Wenn auch über den genauen Wortlaut der englisch-französischen Einigung noch nichts bekannt ist, so kann doch über deren Charakter kein Zweifel sein. Frankreich hat Schwerezeiten in Marokko und Syrien, England in China und Moskau. Die „Einigung“ der beiden imperialistischen Räuber geschieht natürlich auf Kosten Deutschlands. Zur Behebung ihrer gemeinsamen Schwierigkeiten arbeiten sie mit Hochdruck an der Aufrichtung der antisowjetischen Einheitsfront. In diese wird Deutschland hineingepreßt werden. Auf kleine Vorbehalte des deutschen Handlangers können England und Frankreich natürlich keine große Rücksicht nehmen. Wahrscheinlich wird nach der Völkerversammlung, also Ende September, die Konferenz stattfinden, auf der Deutschland das Diktat zu seiner restlosen politischen Entmannung, den sogenannten Garantiepaß entgegennehmen wird.

Ausdehnung des Krieges in Kleinasien

(Eigener Drahtbericht.)

London, 12. August.

Der Korrespondent der „Times“ in Jerusalem meldet seiner Zeitung, daß die Kämpfe in Kleinasien sich wesentlich verstärkt haben. Die französischen Truppen haben starke Verstärkung erhalten, Flugzeuge bombardieren täglich die Dörfer der Druzen. Die Verluste sind auf beiden Seiten ziemlich erheblich. Die Hospitaller von Damaskus sind mit Verwundeten überfüllt. Die Franzosen haben in den letzten Tagen 3 Flugzeuge verloren. Die Druzen appellieren in handschriftlichen Proklamationen an alle Araber, ihnen mit Männern und Material zu helfen, um die Franzosen zu vertreiben.

Gegenüber anderen Meldungen erklärt die britische Regierung offiziell, daß keine britischen Truppen bisher gegen Druzen gekämpft haben. Englands Streitkräfte ständen nur zum „Grenzschutz“ (?) an der transjordanisch-syrischen Grenze.

Heberall gegen Kommunisten

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 12. August.

In Klagenfurt kam es am Montag zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sakenkreuzern. Die Gendarmerie stellte sich sofort auf Seite der Faschisten und ging mit blauer Waffe gegen die kommunistischen Arbeiter vor und verhaftete mehrere.

Knapp 20 Werst vor der Stadt brach der Turkmene zusammen, blutiger Schaum quoll ihm aus dem Munde. Doch die Stadt lauchte schon auf, denn auch nur unbedeutend mit den Augen wahrzunehmen, die, blutunterlaufen, geschwollen, vom Sand verklebt und vereitert, den Dienst verweigerten.

VII.

Dies war mittags, am 10. Marschtag. Eine Gruppe sonderbar aussehender Leute betrat die Stadt Krasnowodsk.

Die schwarzen, verbrannten Gesichter mit tief eingesunkenen Augen, die blutenden Geschwüre auf den Lippen, die schmutzigen blutigen Flecken auf dem Körper, die erweiterten Pupillen und ihre brennenden Augen machten das Volk auf sie aufmerksam; die nackten, zerfetzten, von Splittern durchbohrten Ärmel dieser Leute klebten an den heißen Steinen fest und hinterließen blutige Spuren.

Schweigend umdrängte sie eine erschreckte und erregte Menge. Auch die Arrestanten schwiegen, hatten die Sprache verloren. Rufe ertönten: „Allah! Allah!“

Verwirrung, Bestürzung ergriff die Menge. Das Bewußtsein lehrte zuerst bei Rajin zurück. Er erblickte einen Mann mit einem Stern an der Wäsche, schritt auf ihn zu und wie einer, der erdrosselt wird, stieß er einen Schrei aus nach dem anderen, eine Silber nach der anderen hervor, in der Furcht, daß es ihm nicht gelingen würde, alles zu erklären:

„Wir kommen aus dem Gefängnis von Petrowsk... die „Weißen“ haben uns in der Wüste ausgehakt... al-le vier-hun-vert Mann... sechs sind an-gelommen... schickt Ra-me-le aus nach der Ka-ra-Bu-gah-Bucht, mit Brot und Was-ser... Ret-let die Ka-me-ra-den.“

Und hiermit fiel er dem Rotarmisten in die Arme.

Mit aufgerissenen, stieren Augen hörten die fünf Kameraden der Kette Rajins zu: er hatte alles klar gesagt, nichts war hinzuzufügen, und kaum hatte er die letzte Silbe herausgesprochen, da sanken sie auf der Stelle nieder und schliefen ein.

Alle sechs wurden ins Krankenhaus getragen. Der Mann Rudins war glänzend gelungen. Zwei Wochen lang führte man auf Kamelen Lebende und Tote heran; die letzten fand man weit abseits von der Kette, im Sande verlorren und verschüttet.

Die rote Stadt nahm die halbtoten Kranken Selden mit Freude und Begeisterung auf.

In schlaflosen Nächten beugten sich Genossinnen-Schwester über das Lager der Kranken, wuschen von ihren von der Wüste verlangten Gesichtern Blut, Schweiß und Schmutz ab, linderten ihren Fieberwahn und standen ihnen bei im letzten Kampf um das durch den Preis unsäglicher Leiden erhaltene Leben.

Herr Graf

Von Th. Neubauer, Mitglied des Reichstages.

„Gott schuf ihn, also laßt ihn für einen Menschen gelten.“

„Chafespere in „Kaufmann von Venedig“.“

Esienach, die schöne Wartburgstadt, ist auf dem besten Wege, neuen Welttrieb zu erlangen. Sie hat einen Sohn gezeugt, dessen Name weit über die deutschen Gauen in die Welt gedrungen ist: Herr Walter Graf, deutscher Reichstagsabgeordneter und Vizepräsident des Deutschen Reichstages. „Sag mir, wen Du gewählt hast, und ich will Dir sagen, wer Du bist.“ Esienach hat Graf gewählt: armes Esienach!

Herrn Graf „Welttribm“ wurde begründet, als er der staunenden Menschheit zeigte, wie man Gelehrte „machen“ kann. Es handelte sich um rund 11 Milliarden Steuern und um etwa 3 Milliarden Stöße: das war ein Objekt, nach dem die deutsche Kapitalistenklasse lechzte. Die Ernte war schwierig; denn die Kommunisten machten Obstruktion. Graf war ausgesetzt, diese Ernte der Steuerträger und Zollwächter einzubringen. Für diese Aufgabe leitete Herr Graf Unerschrocken in einer Woche hat er sechs Kommunisten durch Vollstreckung aus dem Reichstag transporieren lassen!

Das deutsche Volk muß seine Helden und großen Männer kennen. Es lernt seinen Graf kennen, wenn es den Verlauf der Monatsagung kennt, in der die Stöße in die Welt gebracht wurden.

Leistungsfähigkeit des Reichstages war angezweifelt worden. Es war ganz klar, das Haus war nicht beschlußfähig. Die Mitglieder der Rechtsparteien hätten wieder einmal zu lange geschlafen. Kein Wunder, die Herren Kapitalisten müssen ja auch so schwer arbeiten, daß sie vormittags 10 Uhr noch nicht auf den Beinen sein können. Man stürzte an die Telefonbörse, wachte die Schlafenden, schickte ihnen Autos, sofern sie keine zu eigen haben. Dieweil wartet Herr Graf, der Präsident mit der Zustimmung: 5 Minuten, 10 Minuten — noch immer ist der Reichstag nicht beschlußfähig, 25 Minuten wartet Herr Graf, um seinen Reglerungsblock zur Beschlußfähigkeit zu verhilfen. War das eine Schiebung? — Aber selbstverständlich!

Es war eine unerhörte Vereinfachung des Präsidenten für seine Partei! Als der Abgeordnete Schüb jedoch diese unerhörte Vereinfachung der Schiebung durch einen Zwischenruf feststellte, wird er aus dem Saale vertrieben. Das ist Herr Graf und Esienach!

Schüb wird von der Polizei gepackt, geschlagen, getreten: Da Auftrage des Herrn Graf! Herr Graf ist stolz und zufrieden. Er eröffnet die Sitzung zum zweiten Male. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Öffentlichkeit des Parlamentes noch nicht wieder hergestellt ist, daß die Tribünen geschlossen sind. „Die Tribünen sind geöffnet“, brüllt er in den Saal. Das war offensichtlich eine Unwahrheit. Ich habe festgestellt, daß die Tribünen noch 5 Minuten später geschlossen waren.

Die Kommunisten protestieren gegen diese offensichtlich falsche Behauptung des Präsidenten. Graf schließt aus: was Name hat gerade in den Kopf kommt oder von den deutschen Reichstagsabgeordneten Duden und Schulz-Grantsfurt, die als Scharwächter neben ihm stehen, zugerufen wird. Weber wird ausgeschlossen, obwohl er ganz still auf den hintersten Plätzen sitzt. Kreuzburg wird ausgeschlossen; aber Kreuzburg ist ja zu diesem Tage gar nicht im Hause, er ist in Hamburg. Schade! Abgeordneter Kreuzburg ist weg! Sie aus dem Saale! Der Abgeordnete Neubauer ist weg! Kreuzburg ist ja in Hamburg! Graf antwortet: Abgeordneter Neubauer, ich schließe Sie aus! Zogler antwortet: Schließen Sie sich! Was ausgeschlossen. Graf, Mühlentberg, Reddermeier: ausgeschlossen. Warum, weiß niemand, am wenigsten Graf. Hat er den Befehlungsbezug? Er antwortet, wie bekannt Martinus Richter auf der Wartburg gegen den Reichstag mit dem Reichstagspräsidenten. Ich werde die ganze kommunistische Fraktion ausschließen!

Die Ausschüsse Weber, Neubauer Kreuzburg müßte Graf schließen lassen. Das war das offene Jugendsünd seiner Hilflosigkeit und Unfähigkeit. Wie aber ist die offensichtlich falsche Behauptung der Öffnung der Tribünen zu bewerten? — Ein Präsident der den ganzen Reichstag anlegt...

Als die Abgeordneten Geselle, Toraler, Reddermeier und Mühlentberg von der Polizei aus dem Saale geholt werden, steht Herr Graf mit einem schalkhaften Lächeln dabei. Ist es das Wächeln der Unwissenheit? Der Niedertracht oder gar das Wächeln eines Hypochoristen?

Für den, der dies Problem lösen will, noch eine Mitteilung: Graf ist feige; er hätte unmittelbar hinter seinem Präsidentensitz, nur durch die Vorhänge verdeckt, zehn Beamte der Kriminalpolizei postiert, bereit zuzuschlagen, wenn es gelten sollte, das geschädigte Leben des Herrn Graf zu schützen!

Von den Verteidigern des Herrn Graf werden verschiedene Momente angeführt, die ich der Vollständigkeit wegen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten möchte. 1. Er ist ein ehemaliger Bierstudent, wie man sich an seinem Gesicht leicht überzeugen kann; 2. Haben Sie noch nicht das forensische Juden seiner Gesichtszüge bemerkt? 3. Er liegt auf dem einen Auge fast gar nichts, auf dem anderen noch weniger; 4. Er hört so schlecht.

Aber wie ist denn dann ein solcher Präsident nur möglich? Und wie wird ein solcher Mann als Amtsrichter arbeiten? „Gott schuf ihn, also...“ (siehe oben).

Die SPD. triumphiert!

Spaltung der proletarischen Freidenker ist ihnen gelungen!

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ berichtet über eine Hauptversammlung der SPD. Die SPD. unterwerfen dem Teiles der Gemeinschaft proletarischer Freidenker in Leipzig am 8. und 9. August. Mit „Satzungen der SPD.“ § 50: „Fraktionen unterstehen den zuständigen Parteileitungen“ machte man die Mitglieder gruselig. Diese Satzungen seien „schlüssiger Beweis der Spaltungstaktik der Kommunisten“, gegen die man jetzt antämpfen müsse!

Gezielte Worte — soviel Ärgern. Erinnern wir uns der entscheidenden Vorgänge in der Gemeinschaft proletarischer Freidenker:

1. Marx als Präsidentschaftskandidat der SPD. Die GPF. erklärt, daß die Freidenker den Pfaffenmarx nicht wählen können. Sie fordert jedoch nicht zur Wahl Thälmanns auf, weil sie parteipolitisch neutral sei. So ist dem Kampf die SPD. gegen die GPF. Sie empfiehlt eine SPD-Erklärung gegen den Hauptvorstand der GPF. allerorts anzunehmen (siehe Vint-Mitteilungsblatt des SPD-Parteivorstandes). Im Hauptvorstand der GPF., der seitdem als „kommunistisch“ verschrien wird, sahen jedoch nur zwei Kommunisten neben sieben SPD-Leuten.

2. Daselbe Mitteilungsblatt der SPD. ruft auf zum Austritt aus der GPF.: „... und schon taucht hier und dort die Meinung auf, durch einen Massenaustritt dem Hauptvorstand zu zeigen, daß man nicht weiter duldet, mit den Beiträgen sozialdemokratischer Mitglieder die kommunistischen Parolen zu finanzieren.“ Also während die Mitgliedschaft nichts ahnt, bereiten die SPD-Führer die Spaltung vor.

3. Als willkommenen Anlaß nimmt man Streitigkeiten zwischen Geschäftsführer und Hauptvorstand der GPF. Diese sollten durch Beiratsung geregelt werden. Als der Beirat (trotz SPD-Mehrheit!) sich nicht für Mayer-Knieza (deren Richtung obige Hauptversammlung einberufen hat) entscheidet, verlassen diese mit Anhängern den Raum und machen eigenen Laden auf.

4. Nur SPD-Leute werden zur Delegierten-Konferenz der GPF. Thüringens geladen. Wo dann für Mayer-Knieza eine Erklärung geschmissen wurde.

5. SPD-Preßedienst wird benutzt, um Gemeinheiten gegen die andere Richtung bis ins letzte Provinzblatt zu bringen (z. B. Königsberger SPD-Blatt: Die Kommunisten wollen nur die Rassen haben!)

6. SPD-Funktionäre der GPF. hatten in Leipzig Fraktionierung, was gefaßt wird: „Die müssen im ganzen Reich Fraktionsarbeit verrichten.“ Geld muß beschafft werden, eventuell durch die Partei (!) — Man müßte es machen wie bei den Naturfreunden, die durch einen schärferen Schnitt sich von den Kommunisten getrennt haben.“

7. Und jetzt das Unerhörteste! Diese rein SPD-politisch aufgelegene Hauptversammlung in Leipzig am 8. und 9. August (siehe Referat dort: „Kultur- und Schulfragen unter besonderer Berücksichtigung der SPD.“) etabliert sich als alleinige GPF. für Deutschland.

Was also sind die Spalter? Wo also liegen die Schuldigen, wenn die GPF. nun Trümmerhaufen wird? Einzige und allein in der SPD! Als Beweis, daß die Kommunisten immer für die Einheit der Freidenkerbewegung waren, möge der Satz aus einem Rundschreiben des ZK. der SPD. dienen: „Die kommunistischen Mitglieder haben jeden Spaltungsversuch in der GPF. entschieden zurückzuweisen. Im Gegenteil müssen sie auf mögliche Zusammenfassung aller proletarischen Freidenker hinarbeiten.“

An dieser Politik, die einzig und allein eine festere Gewerkschaft einer proletarischen Freidenkerbewegung gewährleisten werden die kommunistischen Mitglieder in der GPF. unter allen Umständen festhalten.

Das Wüten der Schube im „befreiten“ Ruhrgebiet

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 13. August.

Auf Grund der Vorgänge in Essen reichte der Genosse Weber im Reichstag folgende Interpellation ein:

„Im „befreiten“ Essen fand am Sonntag, den 9. August für die Bezirke Köln, Essen und Düsseldorf mit Einschluß des Bergischen Landes eine von der kommunistischen Partei, dem Roten Frontkämpferbunde und viele anderen Arbeiterorganisationen veranstaltete Antikriegskundgebung statt.“

Der Regierungspräsident Bergemann hatte diese Veranstaltung verboten. Auf Beschwerde bei dem preussischen Minister des Innern Severing wurde dieses Verbot aufrecht erhalten. Der Polizeipräsident von Essen hat später Versammlungen in größeren Sälen erlaubt.

An 50 000 Menschen strömten aus allen Teilen Rheinlands und Westfalens in Extrazügen und Lastautos nach Essen, um an diesen erlaubten Versammlungen teilzunehmen. Gleich beim Eintreffen der Züge in Essen stürzte sich die Polizei auf die Angekommenen und trieb sie in der brutalsten Weise auseinander. (Es folgt dann eine genaue Darstellung der furchterlichen Schupogemeinheit, die wir gekürzt bereits meldeten.) Die gesamte Einwohnerschaft ist auf Grund dieser unerhörten Vorgänge ungeheuer erregt. Verschiedentlich hört man die Worte: „So haben die Franzosen nicht gehaßt, und das nennt man befreites Gebiet.“

Der preussische Landtagsabgeordnete Flatau wurde auf die brutalste Weise mißhandelt, obwohl er sich als Abgeordneter ausweisen konnte.

Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um die Bevölkerung vor diesen Willkürakten der Polizei zu schützen?

Will die Reichsregierung sie dabei der preussischen Regierung dafür einsetzen, daß die Entlassung der an diesen Vorgängen Schuld tragenden Beamten und ihre Bestrafung erfolge, daß die Abberufung des Polizeipräsidenten Bergemann und eine schnelle Untersuchung dieser unerhörten Vorgänge erfolge.“

In Leningrad

Von Andrei Kossowseff.

(Fortsetzung und Schluß.)

Es geht aufwärts. Das Märchen von der im Sterben liegenden Proletenstadt ist — reiner Schwindel.

Kann man von Verfall und „Lodesrücken“ reden, wenn Leningrad täglich rund 10 000 Personen aus hiesigen Betrieben in komfortablen Eisenbahncoaches in die Sommerfrische schickt — ins Dorf mit tausendjährigen Wäldern, an sonnige Gestade der Kriv, des Kaulasus, wo anizere Arbeiterschaft in Sanatorien, in früheren fashionablen Bädern und Erholungsheimen, in paradisiakischen Erdemücheln, in früheren Zaren- und Fürstentpalais und Villen Erholung, Genesung von tüdtschen Krankheiten findet?

Ist das nicht ein Märchen aus „Tausend und eine Nacht“? Auch Bäuerlein aus dem Dorfe finden heute den Weg dorthin, mo früher Gardeleute, Hofschergen in goldstrotzenden Uniformen in dolce far niente den Sommer verbrachten.

Nicht lange ist es her, als die „deutsche Presse“ (Berliner Tageblatt, 1915) solche „Stilblüten“ brachte:

Der Landwirtschafter und sein Weib.

Mann, bitt' um Urlaub, die Kuh kriegt ein Kalb!

— Frau, laß sie kalben, sie mag's meinethalb.

Kann nicht zum Stalle schau'n.

Muß erst den Russen hau'n.

Mann, bitt' um Urlaub, 's ist Kirschen zu Haus!

— Frau, geh' allein hin, laß mich dabei aus.

Muß erst den Russen hau'n.

Mann, bitt' um Urlaub, mit der Mutter steht's schumm!

— Frau, pfleg' die Mutter, dieweil ich nicht kann!

Muß erst den Russen hau'n.

Mann, bitt' um Urlaub, dein Sohn ist durchbrennt!

— Soll er durchbrennen zu meim' Regiment!

Will ich's ihm anvertrau'n.

Wie wir den Russen hau'n.

Seute sind die „Haubtüder“ — alle.

Die Zeiten ändern sich.

In der früheren Forenrezidenz weilen bei uns teure Gäste — Vertreter der deutschen Arbeiterschaft.

Eine ganze Nummer der „Mitang“ würde nicht ausreichen, um ausführlich zu beschreiben, wie der Empfang unserer deutschen Brüder verlief. Darüber werden euch eure Vertreter gewiß noch ausführlich und streng sachlich berichten.

Ich zitiere nur einige kurze „Momentaufnahmen“. Kleine „Kodakbilder“:

Das Einigungsfest im Garten „Der 1. Mai“.

Arbeiterrevier. Vorstadtkolorit. Fabrikshornsteine reden sich gen Himmel. Köpferplätze. Schwarze Intenflexe auf blaugrünen Rasenteppichen. Spärlisches Laub. Verküppelte Birken. Der Abendwind flüppelt in dem Blätterwirrwitz. Und von diesem grauen Rahmen eingerahmt — ein kleiner, leuchtender Erdensfeld — der Arbeitergarten „Der 1. Mai“. Hier begrüßen wir unsere teuren Gäste. Alles strömt dorthin — klein und groß. Die „roten Putilow“, Chemiker, die Transportarbeiter-schaft, ganze Kolonnen kommen vom „roten Zeugonik“, von der Schiffswerft.

Meeting. Es wird flott geredet. Hier gibt es keinen Zwang. Heraus mit der Wahrheit!

Unsere Erziehungsklassen auf kulturellem Gebiet werden demonstriert. Konzertprogramm. Ausschließlich Proletenkunst. Chorgesang. Volkslieder. Und dann die „lebende Zeitung“ der Putilow-Pioniere. Fesche Bengels. Sie deklamieren, sie tanzen. Sie marschieren zu Sportübungen auf.

Großen Beifall findet die „Internationale Revue“.

Tiefen Eindruck hinterließ die „Arbeiterhilfe“-Szene:

„Dort hinter dem Gitter die rote Fahne“.

Unsere deutschen Brüder wünschen eine genaue Uebersetzung des Pionierauftrags:

„Unser Partibillet (Mitgliedskarte)

Ist — Ilitsch in unserer Brust!

Pionier Schipilin und Albert Lange.

Der Älteste der deutschen Delegation, Albert Lange, der 51 schwere Arbeitsjahre auf seinen Schultern trägt, wird von den Pionieren auf die Estrade gebeten.

Der kleinste Pionier — Schipilin erklärt:

„Wir wählen Genossen Lange als Ehrenpionier!“

Zwei fixe Bengels heben den fotten Pilsnitzer hoch und fix Schmidt der kleine Nader „Großpapa“ mit dem roten Falstuche.“

Es wird ohne Ende applaudiert.

Genosse Lange ist tief gerührt.

„Ich werde dieses Zeichen Holz tragen. Dieser Moment, den ich hier durchlebe, er bleibt in meinem Gedächtnis bis zu meinem Lebensende“, sagt Genosse Lange mit Tränen der Rührung in den Augen.

„Gibt es bei euch auch Pioniere?“ fragt der kleine Schipilin.

„Gewiß!“ antwortet „Papa“ Lange.

„Wie salutieren die deutschen Pioniere?“

„Seil Mostan!“

„Berkstet Vapa auch, was auf unserer Bühne vorgeht?“

„Nein! Aber ich fühle es mit meinem Proletenherzen.“

Die haben unsere Brüder in Leningrad gesehen. Und sie müßten so manches Mal „große Augen“ machen.

Auf dem „Tregolmit“.

In der Gatorshornabteilung.

Wie könnt ihr, Genossen, so frei mit uns reden? Euer Direktor steht ja hier? fragt ein deutscher Kollege. Bei uns gib'ts für so etwas drei Märker Strafel.

Antwort: Na, das ist ja aber bei uns!

Frage: Redet ihr euren technischen Direktor mit „Serr“ an?

Antwort (allgemeine Heiterkeit): Zum Ruhud! Er ist ja unferns — und für uns einfach Genosse Direktor!

Frage: Wie hoch ist euer Tageslohn? Was leistet ihr in acht Stunden?

Antwort (eine Arbeiterin): Ich poliere 200 Rämme.

Das ergibt — 1 R. 50 pro 100, sind 3 Rubel!

Oh — das ist eine fixe Leistung — und gut bezahlt!

Am 18. Juli sind auch die schwedischen Genossen eingetroffen (294 an der Zahl, 60 Transportler, 55 Metalliker, 30 Bauarbeiter, 10 Bergleute und 20 Kontoristen und Justige Angehörige usw.). Das Transitum durch die estnische „Ratoffelrepublik“ war nicht angenehm. Visa-Schwierigkeiten. Formalitätspflanzereien. Kein Mitglied der Delegation dürfte die Straßen Revalls „hols“ betreten. Vom Landungsplatz bis zur Bahnstation waren Stride gezogen und unsere schwedischen Genossen mußten durch dieses Spalier wandern. Man eskortierte die „roten Gäste“ bis zum Bahnhofsgebäude. Im Bahnhofsgebäude gab es nichts Ekbares. Erst in Narva wurde es gestattet, ein paar Butterkugeln, vertrodnet und verstaubt, und einige Glasfalten Tees zu kaufen.

Das war der Willkommensgruß der demokratischen „Esti-Republik“!

Auf dem Boden der Räterepublik änderte sich das Bild. Kaufende Musik. Inniger Willkommensgruß. Und dann ging es nach Leningrad.

Meeting auf dem Baltischen Bahnhofe. Feierliche Begrüßung in der roten Stadt Lenins.

Massendemonstration. Feurige Reden. Die schwedischen Genossen werden im „Smolni“ untergebracht. Programmgemäß verläuft der Empfang.

Erweitertes Plenum des Leningrader Gouvernements-Gewerkschaftsrates. Die deutschen Delegierten sind anwesend. Genosse Melchert (SPD, Dresden) spricht und unterbreitet die Solidarität ruffischer, deutscher und schwedischer Arbeiter.

Soliste jagte einst: „Wer es wagt, die deutsche Republik an der Gurgel zu packen, dem schlagen wir den Schädel ein.“ und wir lagen heute: „Wer es wagt, die Räterepublik anzupacken, dem schlagen wir nieder!“

Proletarier, auf zur Einheitsfront!

Andrej Kossowseff.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Gesamt-Gastspiel
des
Wiener Ronacher
Theaters

Täglich 8 Uhr:

„Der Die Das!“

Große
Ausstattungs-Revue
in 21 Bildern.

Die beste und billigste Bezugsquelle



In Räucherwaren u. Salz-Schotten
Ad. Knauer, Trebnitzerstr. 48

Adolf Menzel

Landeshut i. Schl.
Motorfahrzeuge : : Fahrräder
Näh-Maschinen : : Auto-Bereifungen
Reparatur-Werkstatt
Emaillier- u. Autogene Schweiß-Anlagen

Bringe mein Schuhwarenlager in guten
Qualitäten und billigsten Preisen in
empfehlende Erinnerung
Ernst Köppel, Landeshut
Bahnhofstraße 21

Nähmaschinen

für Hausgebrauch u. Gewerbe
in verschiedenen Systemen und
Möbelausstattungen
sowie Versenkmaschinen

Josef Greulich

17 Hummerel 17
Fernspr.: Ohle 6357
Best eingerichtete Reparaturwerkstatt.
Ersichterte Zahlungsbedingungen!
Bitte auf Vornamen u. Haus-Nr. achten!

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Hausfrauen Achtung!

Billigste Bezugsquelle
für Lebensmittel

Passier, Klosterstr. 88

Neu eröffnet! Neu eröffnet!



Blücherplatz 4

Berufskleidung am Wachtplatz

Telephon Ring 1724 Inhaber E. Abraham Friedr.-Wilh.-Str. 12

Bekleidung für alle Berufe

Spezialität:
Windjacken, Sommerjoppen, Sporthosen
Kittel für den Roten Frontkämpferbund
5.95 Mark

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Stenotypistin

sofort gesucht

Verlangt wird: Vollständige Beherrschung
der deutschen Sprache, Debattenschrift
200 Silben, gute Vorbildung und Allge-
meinkenntnisse. Schriftliche Offerten mit
Zeugnisausschnitten und Bild bis zum
20. August an die

Schlesische Verlagsgesellschaft G. m. b. H.
Breslau 10, Trebnitzer Strasse 50

Schlesische Wäschefabrik

Ullrich & Krause

Dickhuthstraße Nr. 2

schräg über der Lutherkirche

liefert Bett-, Leib- und
Tischwäsche reell u. billig

Sie schwitzen!!!

Wieso kaufen Sie leichtes Schuhwerk wie

Sandalen, Turnschuhe

(weiß, braun und grau)

Hauschuhe, Spangenschuhe, Pantoffeln
für Frauen, Männer und Kinder

in bekannt guter Qualität, enorm billig

Schuh-Froehlich, Striegau
Wilhelmstraße 7

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.

SINGER

Singer Nähmaschinen
Singer u. Nähmaschinen Act. Ges.
Singer-Läden überall

Sehr vorteilhaftes Einkaufshaus
für Damen- und Kinder-Bekleidung
Auf Wunsch Maßenfertigung

Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleider, Blusen
Wäsche, Trikotasen, Strümpfe
Woll- und Strickwaren / Seidentrikots
Höchste Leistungsfähigkeit infolge
Selbstherstellung

Max Holzer, Breslau 1

Reuschestr. 57
Ecke Reußenohle

Mohr & Co.

Schuhhaus
Poststr. 2, Ecke Ohlauerstr.



Zum grossen Meerschiff

Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. vom Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche - Mittagstisch von 12-3 Uhr

Albert Wagner

Friedrich Wilhelmstr. 26 u. 28
Modewaren
Damenkonfektion Brautausstattungen

Wilhelm Vogel

Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
Gegründet 1880

Ossyra's Likörstuben

Baudachs Feffale
Frankfurter Straße 17-19
Jeden Sonntag Tanz

Trinkt
Nitschke-Korn
Krem u. Liköre

Karsunky & Co.

Rosenthalerstraße 2 - Ecke Matthiasstraße
Möbel-Teilzahlung

Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche
kauft man am billigsten bei

Fraenkel & Blick

nur Schmiedebücke 3/4
Wir unterhalten keine Filialen

August Karrasch

Schuhwaren
Trebnitzer Straße Nr. 21
Reparatur-Werkstatt

Fahrräder in allen
Preislagen
empfehlungswürdige Garantie
Bequeme Teilzahlung
Schyp, Sabitzstraße 11

Fahrräder u. Zubehör

Fahrradhaus Gomolla, Breslau
Emanzipat., Ecke Telegraphenbrücke

Zentral-Ballsaal

Westendstr. 50/52
Jeden Sonntag Tanz
Der Saal ist für Vereine bestens geeignet

Herren- und Damenräder

zu günstigen
Zahlungsbedingungen gibt ab
Fahrrad-Handlung
Neumarkt 38 u. Schwenkfeldstr. 7

Fahrräder auf Teilzahlung

Drong, Fahrradhandlung
Altbüßerstraße 59 an der Ohlauer Str.

Hedwig Böhm

Friedrich-Wilhelm-Straße 61
Blusen / Kleider / Röcke
Maß und Lagerjochen

Teppiche - Gardinen - Möbelstoffe

Joseph Spanier & Sohn

Seit 1890 nur Ohlauerstraße 45 - Ecke Promenade

Oskar Neymann

Drogenhaus
Alberstraße 6 und Neumarkt 18
Wirtschafts-Artikel

St. Hubertus - Feffale

Feffale, Wilhelmstraße 22
empfiehlt Saal und Vereinszimmer
für Vereine und Gesellschaften
Neue Bewirtung

Thomas & Exner

Am Rathaus 25
Damenkleiderstoffe
Wachstoffe Herrenstoffe Seidenstoffe

Oskar Baum

Sternstraße 77, Ecke Hedwigstr.
Wäsche / Schürzen / Kleider

Kaufhaus Gertrud Salz

Neudorfstraße 76
Vorzeiger dieses erhält 2 Proz. Rabatt!

M. Riedel

Fabrik und Chemische Versuch-Anstalt
Filialen in allen Stadtteilen

Schuhwaren, Lederausschnitt

Anton Beier

Altbüßerstr. 23

Naumann Nähmaschinen

Afred Schlesinger
Schmiedebücke 29a
Teilzahlung gestattet

Genoffenen, Genoffen und Leser, lauft nur bei den Inserenten unserer Zeitung.

Kampf den Zollräubern!

Erklärung

der kommunistischen Reichstagsfraktion zu der unter Verfassungsbruch erfolgten Durchpeitschung der Zollvorlage am 12. August 1925.

Bei Beginn der 8. Lesung der Zollvorlage der Luther-Regierung gab Genosse Roenen folgende Erklärung ab, nach deren Verlesung die Kommunisten mit lebhaften Rufen „Nieder mit dem Zollwucher!“, „Zollräuber!“ den Sitzungssaal verlassen.

Erklärung.

Unter schärfstem Protest gegen die neuen Vergewaltigungsbeschlüsse des Bürgerblods

nabe ich im Auftrage der kommunistischen Fraktion zu der gegen die werktätigen Verbraucher massen gerichteten Gesetzesfabrikation folgende Erklärung abzugeben, die sich über die Parteien des Reichstages hinaus

an die proletarischen Massen, die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten und Kleinbauern

richtet.

Der Schlupf des schlimmsten Raubzuges am werktätigen Volk Deutschlands ist vollzogen!

Unter dem Hindenburgkurs ist es der monarchistischen Luther-Regierung gelungen, dem erneuten Versuch des kapitalistischen Wiederaufbaus rücksichtslos die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu opfern. Seit der Herrschaft des „Kettlers“ ist der werktätigen Massen immer erneut Last auf Last aufgebürdet worden.

Die Bereicherung der Kapitalisten, die Schaffung neuer Vermögen, das haben die Luther und Schlieben offen als Absicht und Ziel verkündet! Neues Kapital in den Händen der Besitzenden aufzubauen, das war der Sinn des schändlichen Treibens der Bürgerblodparteien!

Und sie alleamt vertreten hemmungslos die aus den Jahren vor der französischen Revolution bekannte Lösung: Bereichert Euch!

während draußen das Volk verkommt, die Teuerung steigt, die Selbstmorde zunehmen, die Schwindsucht umgeht, die Säuglinge sterben und die Massenarbeitslosigkeit für Millionen wieder als drohendes Schrecknis vor uns steht.

Mit dem Aufwertungsgesetz,

das für Millionen Betrogenen ein Abwertungsgesetz war, haben die Inflationsgewinner ihren Raub in Sicherheit gebracht. Um viele Milliarden haben sie dabei die verfallenden Mittelschichten in Stadt und Land und die durch die Geldentwertung ausgeplünderte Arbeiterschaft geprellt. Das namenlose Elend der Betrogenen kümmerte sie nicht. Sie wollten und wollten nichts anderes als den

Schutz der erlangten Kriegs- und Inflationsgewinne.

Der Milliardensteuertraub

galt dem gleichen Ziele. Alle Besitzbelastungen sind verschwunden. Der monarchistische Finanzminister von Schlieben erklärt, daß an der Kapitalsubstanz nicht mehr gerührt werden soll.

Es gibt keine Besitzsteuern in Deutschland mehr!

Diese unethische Tatsache muß klar erkannt werden, um die ganze ungeheuerliche Gemeinheit der jetzigen Steuerpolitik zu begreifen. Was man noch Besitzsteuern nennt, das sind kaum verkappte Einkommensteuern, die der Kapitalist meist noch durch Verteuerung seiner Produkte den Verbraucher massen aufpaddt. Die Vermögenssubstanz wird nicht angerührt. — Luther und Schlieben haben es selbst feierlich erklärt!

Mit dem neuesten Steuertraub nähern wir uns wieder in erschreckender Weise den Zeiten der Cuno-Regierung, wo über 90 Prozent der Reichseinnahmen allein aus der Lohnsteuer

der Arbeiter, Angestellten und Beamten herausgeholt wurden. Der Steuerbetrag aus der Inflationsteuern wird jetzt zum gesetzlichen Zustand erhoben. Die Steuerdrückbergeret ist zum System geworden.

Die Massensteuern

sind den Besitzenden ein Mittel der Bereicherung, ein Mittel zur neuen Vermögensbildung! Der sogenannte wirtschaftliche Wiederaufbau enthüllt sich offen als ein Wiederaufbau des großen Kapitalbesitzes.

Dreifache Steuerlast sollen die arbeitenden Massen schleppen.

Zu den Steuerlasten aus der Vorkriegszeit von 48 Milliarden kamen die Milliardenbeträge für innere Kriegskosten und für Reparationszahlungen an das

Ententekapital. Und dazu ist jetzt noch gekommen als dritte Last die

vielfache Milliardensumme für die neue Kapitalbildung,

die die Hindenburg, Luther, Schlieben den deutschen Kapitalisten und Agrariern zu beschaffen sich vorgenommen haben. Auf 12 bis 13 Milliarden werden diese Steuerleistungen insgesamt geschätzt, so daß fast das dreifache der Vorkriegssteuern von den arbeitenden Massen aufgebracht werden muß.

Das ist monarchistische Bürgerblodpolitik!

- 1/4 Milliarden Einkommensteuer, die auch vom Lohn abgezogen werden,
- 1/4 Milliarden Umsatzsteuer, die ihr durch Preiserhöhungen bezahlt,
- 1/4 Milliarden Hauszinssteuer, was Verdoppelung der Miete bedeutet,
- 1/4 Milliarden Verbrauchssteuern auf Bier, Tabak, Zucker, Salz usw. und
- 1/4 Milliarden Eisenbahnlasten, durch Fahrpreiserhöhungen aufgebracht,

sowie mehrere Milliarden sogenannter Realsteuern der Länder und Gemeinden, die man auch ebenfalls durch Preiserhöhungen abhüpft, das sind die Massenbelastungen, die jetzt durch den Reichstag des Bürgerblods unter brutaler Vergewaltigung der Minderheit durchgedrückt worden sind.

Damit die arbeitenden Massen über diese ungeheuerliche Milliardenausplünderung nicht aufgefährt werden, deswegen wurde im Reichstag immer und immer wieder die Redezeit begrenzt und abgeklürzt. Damit

die Bürgerblodparteien

für diesen Raubzug nicht Rede und Antwort sehen mußten, deswegen wagten sie nicht, in offener Reichstags-Sitzung das Wort zu nehmen. Um die einzige wirkliche Opposition, die die Massen zum Kampfe aufrufen könnte, zu schwächen und zu brechen, deswegen wurden unter deutschnationaler Führung wiederholt

kommunistische Abgeordnete mit Polizeigewalt aus dem Reichstag herausgeworfen.

Der Ruf: „Sie holen sich Zölle und Steuern mit Schupa!“ ist zum Kennzeichen des jetzigen Milliarden-Steuertraubes der deutschen Bourgeoisie geworden.

Trotz Schupahilfe wäre die unerhörte Steuerbelastung durch die Preissteigerungen nicht herabzubringen, wenn Deutschland für billigere Einfuhr vom Weltmarkt offene Grenzen behalten hätte. Um den arbeitenden Massen jede billige Zufuhr abzuschneiden, nur ihnen gegenüber die für die neue Kapitalbildung erforderlichen und mit den Milliardensteuern herbeigeführten Preissteigerungen auf allen Gebieten wirklich durchsetzen zu können, deswegen und nur deswegen wurde

der neue lückenlose Zolltarif

geschaffen.

Nicht als Küßzeug für Handelsvertragsverhandlungen braucht man den Wuchertarif — dieser Schwindel wird bald zerbrechen, sondern als imperialistisches Prestigiemittel. Als Waffe gegen die arbeitenden Massen, die durch eine neue Teuerungswelle ausgeplündert werden sollen, ist der sogenannte Zollschutz nötig.

Aber über diese Sicherung der

industriellen Preissteigerungen

geht der Zolltarif noch weit hinaus durch die Verteuerung der durch den Weltmarkt gar nicht bedrohten deutschen Agrarprodukte. Nur als schnelle Liebesgabe, nur als bare Zahlung für die agrarische Zustimmung zu den Industriezöllen, nur als Ausdruck der Selbsthaberschaft der Junker an der Bürgerblodregierung wurden

die ungeheuerlichen Lebensmittelpölle

beschlossen, für die es sogar vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft keinerlei Berechtigung gibt, gegen die sich deshalb mit aller Macht sogar die bürgerlich-kapitalistische Wissenschaft gewehrt hat. Aber Profit und Wucher pfeifen auf die Wissenschaft.

Zu den aufgezählten Milliarden-Steuerlasten wird den arbeitenden Massen mit einer Rücksichtslosigkeit, die ihresgleichen nicht kennt, durch die Agrarzölle eine

Verteuerung der Lebensmittel um 2 Milliarden

jährlich aufgeschliffen.

Die Belastung der Familien

durch diesen Wucherzolltarif schwankt in den Schätzungen der bürgerlichen Wissenschaftler

zwischen 150 und 300 Mark jährlich.

Diese Summe soll jede Familie über die Steuerlasten hinaus jährlich noch für die Verteuerung der Lebensbedürfnisse durch den Zollwucher aufbringen. Unermesslicher Hunger und einschneidende Entbehrungen für die werktätigen Massen müssen die verhängnisvollen Wirkungen dieser mörderischen kapitalistischen Gesetzesmacherei sein.

Die ständischen Vorteile,

die in den letzten Tagen und Wochen aus den Reihen der kommunistischen Fraktion im Reichstag gegen diese Ausplünderungen laut wurden, sind nur ein Symbol und ein Vorzeichen des Sturmes, der in den Massen ausbrechen wird, wenn sich die Wirkungen des Zoll- und Steuerwuchers in voller Kraft zeigen werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern!

Durfte es, mußte es soweit kommen, daß dieses Schandwerk Gesetz wurde, daß ihr diesen ungeheuerlichen Wirkungen hemmungslos ausgeliefert würdet? Nein und abermals nein! Der Vorstoß des Großkapitals und der Agrarier, so furchtbar er war, er konnte gebrochen werden, wenn sich die Arbeitermassen, vereint mit den Angestellten, Beamten und Kleinbauern in einheitlicher Front ihnen gegenüberstellten hätte.

Die kommunistische Partei

hat sich rechtzeitig und mit allem Nachdruck wegen der Herstellung dieser einheitlichen Abwehrfront an die gewerkschaftlichen Massenorganisationen, an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gewandt. Auf Grund

unseres Offenen Briefes

haben in hunderten von Betrieben, in hunderten von Gewerkschaftsversammlungen und in gewaltigen Demonstrationen sich die Arbeitermassen für den einheitlichen Kampf ausgesprochen; an die Führer des ADGB und der SPD, ergingen die Aufforderungen, diese gemeinsame Kampffront sofort herzustellen und

den außerparlamentarischen Kampf

gegen den neuen Ausbeuterfeldzug zu beginnen. Gerade in diesen Wochen hat uns der englische Bergarbeiterkampf bewiesen, daß durch ein solches gemeinsames einheitliches Auftreten die stärkste kapitalistische Regierung zum Nachgeben und Zurückweichen gezwungen werden kann. Die deutschen Gewerkschaftsführer haben nicht den bescheidensten Versuch gemacht, die Massen zu mobilisieren und den Massenkampf drohend der Bürgerblodregierung gegenüberzustellen.

Wie die SPD-Führung sich auf papierne Erklärungen, lahme Resolutionen, Mitt- und Bittschriften beschränkt hat, so beschränkte sich die SPD-Führung ausschließlich auf parlamentarische Reden. Sie hat nicht einmal die parlamentarischen Möglichkeiten einer hartnäckigen Opposition, die ihrer 130 Mann starken Fraktion in die Hände gegeben war, ausgenutzt. Ihre „loyale Opposition“ der Hermann Müller und Silberding anmete den Geist des Burgfriedens, der Arbeitsgemeinschaft und der Koalitionssehnsucht nach Ministeresseln. Da die SPD-Führung eine wirkliche, hartnäckige und Erfolgreich versprechende Opposition sogar im Parlament nicht wollte, so hat sie das offene Angebot der KPD-Fraktion zu gemeinsamer, rücksichtsloser Opposition gegen die Wucherzölle nicht einmal beantwortet. Sie wollte nicht vorwärts gedrängt werden. Sie mußte, daß die Kommunisten sich nicht beschränken würden auf den selbstverständlichen Protest der Nichtbeteiligung an den entscheidenden Abstimmungen, wodurch den Bürgerblodparteien die alleinige Verantwortung an dem Zollgesetz aufgelegt werden sollte.

Dieses

kampflose Ausweichen der SPD-Führung und der

ADGB-Bürokratie

zwingt jetzt die Arbeitermassen, den Abwehrkampf und den Kampf gegen die ungeheuerlichen Auswirkungen der Steuern und Zölle von unten auf zu organisieren. Der Gedanke der Einheit und des einheitlichen Kampfes hat die Massen gepackt.

Einheitskomitees für gemeinsame proletarische Aktionen

müssen aus den Betrieben, aus den Gewerkschaften heraus entstehen, um die Massen zum Widerstand gegen Steuerraub und Zollwucher aufzurütteln.

Die KPD wird die mit zwingender Notwendigkeit ausbrechenden großen Wirtschaftskämpfe der kommenden Monate mit allen Kräften unterstützen, sie wird, wie sie im Parlament rücksichtslos auftrat und Widerstand leistete, auch draußen den Massen Ansporn und Wegweiserin sein.

Heraus zum Massenprotest!

Nehmt Stellung in den Betrieben!

Rücksichtslose Lohnkämpfe müssen entbrennen!

Gewerkschaftseinheit

ist die Voraussetzung

Schafft Einheitskomitees!

Vorwärts zu gemeinsamen

proletarischen Aktionen!

Nach dieser Erklärung an die arbeitenden Massen lassen wir Sie, da wir die Verantwortung für das Zustandekommen dieses Wuchergesetzes nicht mittragen wollen, da wir sie Ihnen allein überlassen wollen, bei der Schandabstimmung allein sein, bei diesem Verbrechen am Volke allein. Bravo bei den Kommunisten und Anrufen: Nieder mit den Wucherzöllen! Nieder mit dem Bürgerblod! Nieder mit der monarchistischen Regierung! Lebhafter Beifall bei den Kommunisten. — Glade des Präsidenten.)

Breslau

Höring huldigt Hindenburg

Das „Reichsbanner“ betrachtet Herrn Hindenburg in seiner heutigen Stellung als Reichspräsidenten nicht mehr als Kampfbild.

Höring bei der Verfallungsfest am 9. August 1925 in Dreptow.

Wir hätten keine Besten finden, Drum laßt uns, bleibe Bannschär, und Schwarzrotgold ein Kränlein binden. Das Reichen wir ihm froh ins Haar.

Wir dürfen ihn mit Stolz betrachten, mit Brust raus — Bauch rein, mit Koppelt und Opak grüßen Oßlen Schlachten, weil er nicht mehr als Kampfbild ist.

bleibe als Gegenstand der Liebe, als starrer Mond am Himmel hängt, das Jungel's auch teilweise Fäde — der Schmerz läßt nach, es man es deutl.

Drum trommelt, trommelt, pault, ihr Pauken! Er kommt, er kommt, er kommt — das Reicht ein schöner Notgott an!

Erst das Abendbrot, dann die Festrede Schwerer häuslicher Streit im Reichsbanner

Breslau, 12. August.

In Breslau hielten Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten im Schiechwerder, in der Börse und in den Zentralballhäusern Verfallungsfeste ab. In allen drei Lokalen war das Reichsbanner mit seinen Fahnen zur Stelle und in der Schiechwerder-Verfallung Bürgermeister Herrschel (Zentrum) als Referent angemeldet. Leider kam die Versammlung um den ausserleichen Gehalt diesen Herrn Zimmer an Schmalz noch übertreffenden Festredner zu hören. Zwischen ihm und dem Reichsbanner brach ein Konflikt aus, über den die „Volkswacht“ folgendes berichtet:

Vor Beginn der Versammlung teilte der vorgehende Leiter der Versammlung, Arbeitersekretär H o r n i g, unter zahlreichem Zuzug dem Reichsbanner mit, an der Verfallungsfest im Börsensaal werde der Oberbürgermeister teilnehmen, und zu der Versammlung im Schiechwerder sei Bürgermeister Herrschel angemeldet. Inzwischen traf Bürgermeister Herrschel mit dem Referenten des Abends, Seminarlehrer a. D. Dr. Wagner, ein, wollte aber noch einen kleinen Imbiß einnehmen. In loyalster Weise erklärte darauf das Reichsbanner, dann noch einen Augenblick mit dem Einmarsch in den Saal warten zu wollen, bis die Herren ihr Abendbrot beendet haben. Der von der „Schlesischen Volkszeitung“ stützte „Mittelsmann“, ein der Zentrumsfraktion angehöriger Stadverordneter, war anscheinend nicht mehr in der Lage, diese absolut falsche Stellungnahme des Reichsbanners zu übermitteln. Jedenfalls erklärte Bürgermeister Herrschel, er lasse sich keine Vorwürfe machen. Das Reichsbanner fahle mit Recht diese Weigerung des Vertreters der Stadt, zu Ehren der Verfallung den Eingang der Jahneabteilung des Reichsbanners in den Saal abzunehmen, als eine Provokation auf und beschloß unter lebhafter Zustimmung der dem Reichsbanner angeschlossenen Zentrumsmitglieder, an der Feier nicht teilzunehmen.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß auch ein so frommer und gottesglaubiger Herr, wie der zweite Bürgermeister Herrschel, erst nach einem guten Abendbrot und der dazu gehörigen kleinen Wein sich in der Stimmung befindet, um eine große Versammlung für die Ideale der Weimarer Verfassung zu begeistern, und sprechen der SPD zu diesem reinlichen Zweck unter aufrichtigem Bedauern aus. Im übrigen hoffen wir, daß dieser wohl nur auf einem Mißverständnis beruhende Vorfall bald beigelegt sein wird. Dem Reichsbanner empfehlen wir, bei zukünftigen Verfallungsfesten für ein beherztendes Abendbrot des Festredners zu sorgen, da wir nicht unliebame Zwischenfälle unterbleiben.

In den Zentralballhäusern und in der Börse verhielten die Verfallungsfeste programmäßig. Die Referenten, Oberpräsident a. D. Philipp und Freiherr von Nitschbach, hatten vortrefflich geäußert und waren in der nötigen Zustimmung.

Die Beteiligung in den Zentralballhäusern war durchaus mäßig. Die „Volkswacht“ berichtete: war von einem überfüllten Saal. Nach den übereinstimmenden Berichten unserer Gewährsmänner teilen wir aber mit, daß noch zahlreiche Plätze im Saal leer waren. Die Arbeiter im Westen hatten also in ihrer Mehrheit doch keine Lust, den Reichsbannerprogramm mitzumachen. Auch das Banner SA war nur in einer Stärke von 48 Mann vertreten.

Wie mit den Rechten der Angestellten Schindluder getrieben wird

Gen Sieben Hochzeitsgenossen ist Genosse J h m a n n in der beständigsten Gruppe in Unterabteilung. Wie aus einem früheren Mitteilungsbericht des Genossen J h m a n n heute in der Redaktion mitteilte, wird Genosse J h m a n n in der unterirdischen Freie Arbeiterkammer und systematisch zur Verfallung getrieben. Unter den Genossen werden eigene Bücher verweigert. Anfang Juli brachte eine kleine Gruppe von J h m a n n gemeinsame Bücher in das Unterabteilungsamt. Daraus sind dieselben an den Besten und ungelesen abgeholt worden. Ferner wird dem Genossen jeder Besuch verweigert mit der Begründung, daß der Oberabteilungsamt über die Besuche zu entscheiden hat. Dieser aber ist nicht befähigt, Besuche und Eingaben zu entscheiden, oder die Besuche zu entscheiden, oder die Besuche zu entscheiden. Alle Eingaben des Genossen an den Oberabteilungsamt sind bisher unbeantwortet geblieben.

Auch die Situation des Unterabteilungsamt ist alles, um dem Genossen J h m a n n das Leben unerträglich zu machen, da die Besuche in der Gruppe nur die allerhöchsten, künftigen Dinge enthält. Soldatenliteratur, kleine Traktate, hat Genosse J h m a n n beantragt, die Extrablätter zu kaufen. Diese ist für logenante bessere Leute bestimmt. Dem Genossen J h m a n n wurde aber von dem unabhängigen Beamten die Benutzung der Bibliothek mit der Begründung verweigert, er habe genug zu lesen. Auch geschäftlich geht es unter dem Genossen sehr schlecht. Er leidet an

Schwindelanfällen, trotzdem erhält er keine Verlängerung der Freistunde, die laut Verordnung des preussischen Justizministers den politischen Gefangenen auf Antrag gewährt werden kann. Das unerbörteste bei der Behandlung des Genossen J h m a n n ist die infame Art der Friesbehandlung, durch die ihm die Wahrung seiner Rechte als Angeklagter unmöglich gemacht wird. Unter Genosse erhielt die Anklageschrift nebst einem Begleitschreiben am 17. Juli 1925 zugestellt mit der Aufforderung, innerhalb acht Tagen Einwendungen zu machen. Am gleichen Tage benachrichtigte Genosse J h m a n n seinen Rechtsanwalt. Durch die Instanzschweinerlei wurde dieser am 17. Juli abgeschickte Brief erst am 4. August dem Rechtsanwalt zugestellt. Dadurch war es unter dem Genossen unmöglich gemacht, die Anklageschrift zu beantworten.

Wir fragen hiermit, ob der Herr Untersuchungsrichter kein Gehalt dafür bezahlt erhält, daß er die Abwendung wichtiger Briefe von Gefangenen in dieser skandalösen Weise verzögert. Solche kaum glaubliche Vorfälle sind dem Herrn Untersuchungsrichter, der die Briefe der politischen Gefangenen behandelt, schon wiederholt unterlaufen. Wir fordern hiermit den Generalstaatsanwalt in Breslau, den Herrn Reichsanwalt in Leipzig und den preussischen Justizminister auf, die Breslauer Untersuchungsrichter darüber zu belehren, daß die Wahrung der Rechte der Angeklagten wichtiger ist, als die Bequemlichkeitsgründe, die jene gut bezahlten Beamten veranlassen, in dieser Weise mit den Rechten der Angeklagten Schindluder zu treiben.

Schlesische sozialdemokratische Presseepitile gegen die „Rote Hilfe“

Von der „Roten Hilfe“ Schließen wird uns geschrieben: Nachdem die rechten sozialdemokratischen Redakteure der „Volkswacht“ und ihre Ableger erfahren haben, daß sozialdemokratische Arbeiter revolutionäre Arbeiterlosparität sind, indem sie sich der „Roten Hilfe“ anschließen, ist diesen Verleumdern jedes Mittel recht, um uns in den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter in Grund und Boden zu verfluchen. Vor kurzem war es ein Artikel über die „Leiden“ russischer Sträflinge, der uns mißredigend folgte. Dabei vergaß die „Volkswacht“ zu erwähnen, daß im russischen Arbeiterstaat nur die Saboteure, menschenwürdige politische Abenteuerer und Gegenrevolutionäre ins Gefängnis gesteckt werden, während in Deutschland revolutionäre Arbeiter verurteilt werden. Am Dienstag ist es nun ein Rundschreiben der Zentrale der KPD, welches man glaubt, uns als Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Aber es sind bereits gebrochene Knüttel, denn die gestohlenen Bräutigamsreden ihren lieben „Vorwärts“ — und noch sehr verspätet — ab. Was wisst man uns vor? Die betreffende Stelle des Rundschreibens lautet:

„Der Vorstand der „Roten Hilfe“ sendet uns eine Beschwerde aus verschiedenen Bezirken, daß dort die „Rote Hilfe“-Marken verkauft werden, aber das Geld nur teilweise an die „Rote Hilfe“ abgerechnet wird. Es sind in verschiedenen Bezirken Differenzbeträge von 500-3000 Mark vorhanden. Das ist ein unmöglicher Zustand und bringt uns, wenn diese Dinge in der sozialdemokratischen Presse ausgeplaudert werden, eine ungünstige Situation. Wir verweisen nochmals darauf, daß die Bezirksleitungen die Verantwortung dafür tragen, daß die „Rote Hilfe“-Marken restlos an die „Rote Hilfe“ abgerechnet werden.“

Es handelt sich aber hierbei garnicht etwa um Sammelisten oder Marken der „Roten Hilfe“, die unter der Arbeiterschaft im Umlauf sind, sondern um die Beitragsmarken, die innerhalb der KPD unter ihren Mitgliedern auf Grund eines früheren Parteitagbeschlusses vertrieben werden und wonach jedes Mitglied verpflichtet ist, im Monat eine Beitragsmarke von 10 Pfennig für die „Rote Hilfe“ zu fleben. Die Marken werden dazu vom Zentralvorstand der „Roten Hilfe“ geliefert. Sie von ihm an die KPD, gerichtete Beschwerde geht auch nur dahin, schneller mit den ungelieferten Beitragsmarken an die „Rote Hilfe“ abzurechnen. Die in dem Rundschreiben erwähnten Differenzbeträge von 500-3000 Mark sind ferner lediglich nur Schätzungen, die sich aus dem Vergleich der Mitgliederzahl der KPD in den einzelnen Bezirken und den von ihnen abgerechneten Beiträgen ergeben. Dabei steht keineswegs fest, ob auch alle Mitglieder der KPD, die Beitragsmarken gefleht haben, was insbesondere dann nicht der Fall sein wird, wenn sie arbeitslos sind. Wenn das SA der KPD auf die Beschwerde der „Roten Hilfe“ sofort die Bezirksleitungen durch das Rundschreiben zur schnelleren Abrechnung anhornte und dabei an die bekannten Verhandlungsmomente der sozialdemokratischen Presse erinnerte, so hat die sozialdemokratische Presse nicht den geringsten Anlaß, das Rundschreiben gegen das „Rote Hilfe“-Büro anzusprechen.

Solange die KPD mit ebenfalls wie die KPD durch einen Parteitagbeschluss ihre Mitglieder zur gleichen Hilfeleistung für die proletarischen politischen Gefangenen verpflichtet, solange hat die „Volkswacht“ kein Recht, uns irgendwelche Vorwürfe zu machen. Wenn die „Volkswacht“ weiter die dreideutige Bemerkung macht, die Arbeiterschaft weiß also, was sie von den Listen der „Roten Hilfe“ zu halten hat, so soll sie sich nur von ihren sozialdemokratischen Mitgliedern, die der „Roten Hilfe“ angehören, in acht nehmen. Diese wissen aus den Abrechnungen, daß alles Geld für die politischen Gefangenen und deren Familien verwandt wird. Die Arbeiterschaft wird sich aber durch solche Verleumdungen nicht von ihrer Beteiligung präventiver revolutionärer Solidarität abhalten lassen. Dennoch ist in dieser Zeit, wo der schändlichste Anstaltsbesuch durchgeführt wird und der größte Teil der proletarischen politischen Gefangenen in den Kerker der Republik noch weiter schmachtet, kein Bedarf an der größten Kränkeltreibung aller Arbeiter für die Erlangung der Vollamnestie und für das „Rote Hilfe“-werk.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter

19240 Erwerbslose im Juli.
Das Arbeitsamt berichtet:
Die Zahl der Arbeitslosen ist von 1917 im Juni auf 19840 im Juli gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen 259 Arbeitsuchende gegen 248 im Vormonat. Im Schluß des Berichtmonats verfielen noch 10948 (10000) Arbeitsuchende. Bei den männlichen Berufsgruppen betrug 90 Proz. von 4223, bei den weiblichen 75 Proz. von 2413 gemeldeten offenen Stellen besetzt werden. Auf 100 offene Stellen kamen in der Landwirtschaft 39 (42), in der gewerblichen Industrie 810 (911), im Holzgewerbe 321 (271), im Bergbau 285 (425), im Bergbau 188 (151) im Dienstleistungsgewerbe 274 (276), im Bergbau 221 (474), bei den ungelerten Arbeitern 382 (353) und bei den Parteimitgliedern 900 (899) Arbeitsuchende. Von 23 Kreisbezirken konnten 16 vermittelt werden. Bei dem Arbeitsnachweis für die Metallindustrie wurden im Juli 3925 (4342), bei dem Arbeitsnachweis Breslau-Land 922 (1010) Arbeitsuchende gezählt. Diese Zahlen sind in dem vorstehenden Bericht nicht enthalten.

Chen-Ling-Ku—Schanghai

spricht heute Abend 8 Uhr in den Zentralballhäusern über: „Die Ausbreitung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten.“
Anfangs 8 Uhr beginnt.

Zum Morde in Bischofswalde

Zum Soppelmord in Bischofswalde wird berichtet:
Trotzdem die Tatfahndung alle Schuld an der Tat leugnet, ist doch anzunehmen, daß nur sie als alleinige Täterin in Frage kommt. Es ist festgestellt worden, daß der Hammer, mit dem die Mordtat begangen wurde, nicht aus der Werkstatt des Schuhmachers, sondern aus dem Haushalt des Professors stammt. Weiter wurde die Korridorläufe mit abgerissener Sicherheitskette und eingeschlagener Scheibe vorgefunden. Ein Fremder hätte aber die Sicherheitskette nicht erst abreißen brauchen, sondern konnte durch die zerbrochene Scheibe die Kette lösen; vermutet wird, daß dadurch eine gewaltsame Öffnung vorgebracht werden sollte. Das Mordhaus wurde gerichtlich geschlossen. Die Ankunft des Bruders des Ermordeten, des früheren Außenministers Dr. Rosen, wird erwartet.

Briefkasten

Stimme „Wesluft“ wird nicht veröffentlicht.
Artikel über „Mittelsmann“ darf erst aufgenommen werden, wenn Augenzeugen den Vorfall bestätigen und die Ortsgruppe die Richtigkeit bescheinigt.
Gottesberg, „Berechtere Beerdigung“ hat kein öffentliches Interesse.
George, Breslau, Deine Sache fällt nicht unter die Amnestie.

Aus der Partei

Erweiterte Bezirksleitung

Am Sonntag den 16. August findet in Weißstein 6-1 Waldenburg, Lokal Bürgerheim, vormittags 9 Uhr eine Sitzung der erweiterten Bezirksleitung statt. Die Genossen fahren auf Sonntagsfahrkarte bis Nieder-Salabrunn und dann mit der Elektrischen bis Bürgerheim.
Die Mitglieder der engeren Bezirksleitung fahren ab Breslau Sonntag vormittags 6 Uhr.
Die Delegationskosten für die Mitglieder der erweiterten Bezirksleitung müssen gemäß den Beschlüssen des Freiburger Parteitages von den Unterbezirken getragen werden. Zur Teilnahme sind verpflichtet die Parteileiter der Unterbezirke und die Hilfssekretäre der Unterbezirke Gottesberg und Görlitz.
Die Tagung beginnt pünktlich.
Genossen, die früher eintraffen müssen sich melden bei dem Genossen Karl Honisch, Weißstein, Dismarckweg 42.

Gemeindevertreterkonferenz

Sämtliche kommunistischen Gemeindevertreter des Bezirks Schlesien werden zu einer Konferenz für Sonntag, den 16. August, nach Weißstein, Kreis Waldenburg, Lokal Bürgerheim, mittags 12 Uhr, zusammenberufen.
Die Delegationskosten müssen von den Ortsgruppen, welche ihre Vertreter entsenden, gemäß der Beschlüsse des Freiburger Parteitages, selbst getragen werden.
Die Genossen fahren bis Nieder-Salabrunn und dann mit der Elektrischen bis Bürgerheim, oder bis Bahnhof „Mittelsmann“, dann mit der Elektrischen bis Bischofswalde, steigen dort um in die Elektrische nach Nieder-Salabrunn und fahren bis Bürgerheim.
Die Tagesordnung der Konferenz ist folgende:

1. Unsere Taktik und ihre praktische Auswirkung auf die Kommunalpolitik.
 2. Die bevorstehenden Provinziallandtags- und Kreistagswahlen.
- Mit der Konferenz wird eine kommunalpolitische Sprechstunde verbunden.
Wir erwarten, daß die Ortsgruppen mindestens einen ihrer Gemeindevertreter oder in Ermangelung dessen den Parteileiter senden.

Achtung! Ortsgruppenleiter des kommunistischen Jugendverbandes!

Die für den 10. August eingeforderten Mitgliedsarten sind sofort einzuliefern. Allen Ortsgruppen, die nicht einlieferten, ist ab heute die Materialzulieferung gesperrt!
Die Bezirksleitung.

Alle Mitglieder beteiligen sich an den am 14. und 15. August im ganzen Bezirk stattfindenden Parteimitgliederversammlungen, in denen ein Tagesordnungspunkt die Beteiligung der Partei am 11. Internationalen Jugendtag in Breslau (6. September) ist.

Parteiveranstaltungen

- Breslau, Bezirksversammlungen mit Zeugnisausgaben finden statt am Freitag, dem 14. August und zwar:
 - Bezirk Ost, Frank, Zauhenstr. 1.
 - Bezirk West, Zentralballhaus, kleiner Saal, Weinbisch.
 - Bezirk Süd, Genmer, Eisenhüttenstr. 2.
 - Bezirk Nord, Ludwig, Frank, Mühlgrabenstr. 5 (gegenüber der Post).
 - Bezirk Nordost, Kleinert, Gieselerstr.
 - Bezirk Zentrum, „Roter Stern“, Kupferstraße 1.
 - Bezirk Ost, Ausgabe der Marken Da Freitag, 14. 8., abends zwischen 7-8 Uhr beim Hauptamt.
 - Alle erwerbslosen Genossen haben Freitag, 14. 8., nachm. 4-5 Uhr im „Roten Stern“, Kupferstraße zu erscheinen.
 - Genossen am Roten Tag im Bezirk West ein Ausflucht mit Inhalt von auswärtigen Genossen. Abholen Lebnitzer Str. 50.
- Stabsamt, Sonntag, 16. August, Roter Tag, Jahneberg, Aufstellung der teilnehmenden Gruppen 1 Uhr mittags Berliner Straße Eingang von Deutsch. Stiff.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau, Alle, die am Sprechchor und den Theateraufführungen mitwirken, erscheinen am Sonntag, abends 7-8 Uhr im Jugendbüro, Zehniger Str. 50.
- Die Genossen Donnerstag, 13. 8. um Hauptbahnhof (Fürstentempel) zum Empfang des hiesigen Referenten. Anschließend Probe für proletarische Theater.
- Alle erwerbslos organisierten Mitglieder sowie K. J. Kameraden treffen sich Sonntag, 13. 8., abends 7 Uhr am Minoritenhof, Gewerkschaftsbau mitbr.

Gewerkschaftsfraktionen / Zellen

Roten Kartell, Breslau, Sitzung Sonntag, 13. 8., abends 6 Uhr im Parteilokal, Zehniger Str. 50.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Parteilösung Donnerstag, 13. 8., abends 7-8 Uhr im „Roten Stern“, Kupferstraße, Partei- und KPD-Mitgliedsbuch legitimiert.
- Breslau, Gruppe Nord, Sonntag, 14. 8., abends 7-8 Uhr treffen sich im „Roten Stern“ (auch Jungfern) Gieselerstr. 1.
- Spezialkarte, Der Freitagabend Sonntag, 14. 8., abends 7-8 Uhr im Hauptbahnhof (Fürstentempel).
- Strehlen, Neben Hauptw. Freitagabend.

Verfallungsanzeigen

346. Treffen aller Mitglieder Sonntag, abends 8-9 Uhr am Hauptbahnhof (Fürstentempel) zum Empfang des hiesigen Referenten. Von dort Abmarsch ins Lokal.